

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich . . . K 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährlich . . . 96.— ganzjährig . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich

3. Jahrgang.

Sonntag, 30. Dezember 1923.

Nr. 303.

## Brüchige Traggpfeiler.

Wie vorauszusehen war, ist die gesamte tschechische Presse mit dem Allianzvertrag, über den sich Dr. Benes mit der französischen Regierung geeinigt hat, höchlichst zufrieden. Von der Blättern der tschechischen Nationaldemokraten bis zu den tschechischen Sozialdemokraten gibt es nur eine Stimme: Dr. Benes hat das Maß seiner Verdienste um die Erhaltung und Sicherung des tschechoslowakischen Staates in seiner heutigen Gestalt wieder erheblich gesteigert.

Dieses Urteil über die von Dr. Benes vereinbarte Militärkonvention entspricht völlig der Richtung, welche die Innen- und Außenpolitik der tschechoslowakischen Regierungen und aller tschechischen Parteien seit Bestand des Staates geht. Die siegreiche Entente war die Begründerin des tschechoslowakischen Staates, und sie hat in den Friedensverträgen nicht nur die Freiheit und Unabhängigkeit des tschechischen Volkes gewährleistet, sondern auch große Teile anderer Völker seiner Vorherrschaft unterstellt. Alle Bemühungen der tschechischen Machthaber gehen seither dahin, für die Erhaltung jener Verträge sich die Unterstützung der Mächtegruppe der Alliierten — oder wenigstens einzelner ihrer Teile. — welche die Verträge geschaffen haben, zu sichern.

Es ist verständlich, daß die Tschechen die Bewahrung ihrer durch den Ausfall des Krieges wiedergewonnenen Unabhängigkeit als ihr höchstes Ziel erachten, aber nicht ohne ihr Zutun wurden dem neuen Staatswesen auch andere große Nationsteile einverleibt, deren zahlenmäßiges Verhältnis zu den tschechischen Staatsbürgern dem Staate den Charakter eines tschechischen Nationalstaates benahm und ihn unstreitig zu einem Nationalitätenstaate machte. Aber eben dieser Erkenntnis hat sich die tschechische Politik von allem Anfang an hartnäckig widersetzt, hat an der Fiktion des reinen Nationalstaates festgehalten, noch richtiger: alle tschechische Politik war bisher darauf gerichtet, jede Rücksicht auf die nichttschechischen Staatsbürger beiseite zu schieben, und den Staat, nach einem Worte Dr. Masins, so zu regieren, als würde kein anderer Volksstamm dem Staate angehören. Den Herrschenden fiel es nicht ein, zu erkennen, daß sie mit der Einverleibung von Millionen anderer Nationsangehöriger Verpflichtungen übernommen haben, welche sowohl den Geboten des Rechtes als der Gerechtigkeit, als auch der Sicherung der Unabhängigkeit und Entwicklungsmöglichkeit des eigenen Staates und der eigenen Freiheit dienen würden. Sie und mit ihnen leider der Großteil des tschechischen Volkes sahen nur die augenblicklichen materiellen Vorteile, welche diese imperialistische Politik den Angehörigen der tschechischen Nation durch die Arrangierung eines Privilegs bei der Verteilung aller staatlichen Stellen und Mittel zuschanzte, ohne sehen zu wollen, daß die Gestaltung des tschechoslowakischen Staates sie vor ein innerpolitisches Problem gestellt habe, dessen einverständliche Lösung erst dem Staate jene Traggpfeiler geben kann, deren er zu seiner dauernden Erhaltung bedarf. Wohl stoßen alle Regierungen auf Schritt und Tritt auf dieses Problem, denn die innerpolitischen Schwierigkeiten der Tschechoslowakei sind die gleichen, wie es jene des alten Oesterreich waren, aber diese Schwierigkeiten zu bannen erhoffen die tschechischen Regierungsparteien von drei Faktoren: von der restaurierten Führung der unterdrückten Nationen in die abgelebten Machtverhältnisse, von der Ausübung der rücksichtslosesten Gewalt im Innern des Staates und schließlich von der Unterstützung der an der unverehrten Erhaltung der Friedensverträge interessierten Alliierten, vor allem also Frankreichs. Der Unterstützung dieses Gedankens dient auch die von Dr. Benes geschaffene Kleine Entente. Soweit politische Ideen in Frage kommen, ging also die Suche nach Traggpfeilern zur Bewahrung des gegenwärtigen tschechischen Herrschafts Systems ausschließlich auf außenpolitische Gebiete vor sich, während die tschechische Innenpolitik es für überflüssig hielt, zur Lö-

## Die Tschechoslowakei als Vorspann Frankreichs.

### Ein schlechtes Echo.

#### Große Erbitterung über das Pariser Abkommen in Polen. — Scharfe Sprache der Presse gegen Benes. — Die Lösung der Javorinafrage ein abgeartetes Spiel.

Der Vertrag, den Frankreich und die Tschechoslowakei einzugehen im Begriffe stehen, hat in Warschau wie eine Bombe gewirkt. Polen, das in der letzten Zeit von politischen und wirtschaftlichen Krisen ununterbrochen durchschüttelt wird, dieser östliche Vasall Frankreichs, mit einer Riesenarmee und einer vorrätigen Währung, mit einer mit Ach und Krach zusammengekrachten Regierung und einem Dupend habenden nationalen Parteien — dieses große, von Feinden rings umgebene Land mit dem unstillbaren Landhunger, sieht sich in seiner schlimmsten Stunde von allen natürlichen und unnatürlichen Freunden verraten und verlassen.

Wie groß die Empörung gegen die Tschechoslowakei und Frankreich im Lande ist, zeigt eine kleine Zeitungsschau, die in wohlfrühlicher Zusammenstellung das tschechische Preßbüro übermittelt.

Der Krakauer „Gazeta“ schreibt, Dr. Benes habe die diesbezüglichen Verhandlungen aufgenommen, als er zur Session des Völkerbundes eingetroffen war. Angesichts dieser Tatsache sei es klar, weshalb die polnischen Postulate in der Javorinafrage in Paris nur eine schwache Unterstützung fanden. Man wollte eben Minister Dr. Benes am Vorabend der Unterfertigung des Bündnisvertrages nicht erbittern. Das Blatt zitiert dann die Mitteilungen des „Tempe“ über den Inhalt der französisch-tschechoslowakischen Bündnisverträge und schreibt, daß für Polen Punkt 1 des Vertrages betreffend die Sicherung und Durchführung des Friedensvertrages vom Jahre 1919 die größte Bedeutung besäße. Die Tschechoslowakei garantiere somit den Verfall der Vertrag, was selbstverständlich ist, weil sie eben diesem Vertrag ihre Unabhängigkeit verdanke. Man wisse jedoch nicht, wie sie ihr Verhältnis zu den übrigen Verbündeten Frankreichs, vor allem zu Polen, verhalte, und insbesondere, wie sie sich zu der Anerkennung des Rigaer Friedensvertrages verhalten werde. Wenn diese Frage mit Stillschweigen übergegangen wurde, so scheint es, daß der Tschechoslowakei diesbezüglich für die Zukunft freie Hand gelassen wurde, was für Polen nach Ansicht des Blattes

mit der Eventualität verschiedener Komplikationen verbunden wäre. Wenn man in Betracht ziehe, meint ferner das Blatt, daß der Bündnisvertrag der Tschechoslowakei mehr Vorteile als Frankreich bietet, dann müßten die Aussichten für die Zukunft noch ungünstiger für Polen erscheinen. Der Umstand, daß Frankreich für einen unbedeutenden Lohn sich entschlossen hatte, der Tschechoslowakei die volle Unterstützung in allen aktuellen Fragen zu gewähren, beweise, daß die Lösung des Staatsproblems fünf Jahre hindurch auch nur einen Finger zu rühren. Die Innenpolitik war steril und untätig, um so geschäftiger zeigt sich die Außenpolitik, die alles Heil für den Staat aus Bündnisverträgen mit anderen Staaten erwartete.

In dieser Gedankenrichtung ist denn auch der Allianzvertrag mit Frankreich gelegen. Frankreich, das die meisten Vajonette zählt, vertraglich verpflichtet, mit militärischer Hilfe die Tschechoslowakei vor dem Schicksal der österreichisch-ungarischen Monarchie zu bewahren: welches Ideal und welcher herrlicher Erfolg! Nun brauchen sich, so geht wohl ihr Glaube, die Herrschenden bei uns noch weniger als früher die Köpfe über die Lösung irgendwelcher innerpolitischer Probleme zu zerbrechen!

Die einmütige Zufriedenheit der tschechischen Presse über das neueste Werk des Außenministers läßt erkennen, daß sie bei der Abschätzung des Allianzvertrages ausschließlich von den vorstehenden Gedankengängen geleitet ist. Zur Beschönigung wird hervorgehoben, daß das französisch-tschechische Militärbündnis neben der Sicherung der Verträge auch das Vorbeugungsmittel gegen die Wiederkehr der Hohenzollern und Habsburger bilde und dem Zwecke diene, gemeinsam für den Wiederaufbau von Europa auf wirtschaftlicher Basis zu arbeiten. Nur die naivsten Gemüter werden sich durch diese Verheißung täuschen lassen, denn Europa aufbauen

in den letzten Monaten in Frankreich sehr tief gesunken seien. Man gewinne den Eindruck, schließt das Blatt, daß die französisch-tschechoslowakische Verständigung in einer solchen Atmosphäre zustande kam, als ob Polen auf der anderen Welt halbkugel gelegen wäre. Wenn die polnisch-französischen Beziehungen aufrichtig und herzlich sind, so könnte vielleicht in der tschechoslowakisch-französischen Verständigung die Tatsache noch Anerkennung finden, daß der Hauptverbündete Frankreichs in Mitteleuropa doch Polen sei.

Auch der Krakauer „Kurjer Codzienny“ widmet der französisch-tschechoslowakischen Allianz — nach Ansicht des tschechischen Preßbüros — „Geschmacklose“ in antitschechischen Tönen gehaltenen Betrachtungen, in denen darauf hingewiesen wird, daß es nicht geduldet werden darf, daß die Tschechoslowakei den von dem französischen Verbündeten anerkannten Rigaer Vertrag weiter sabotiere.

Das französisch-tschechoslowakische Bündnis, sagt das Blatt, habe Polen mit der Javorina bezahlt.

Frankreich würde einen Fehler begehen, wenn es die Freundschaft zwischen Prag und Paris auf Kosten Polens zusammenheimen müßte.

„Kurjer Polski“ meint, daß die Uebertreibung der Nachstellung der Tschechoslowakei im Lager der Kleinen Entente, insbesondere in Rumänien, ungünstige Nachwirkungen zur Folge haben wird.

### Die Auffassung in Berlin.

Berlin, 29. Dezember. (Eigenbericht.) Zum Abschluß des Bündnisvertrages zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei wird offiziell die Ansicht geäußert,

wollen und gleichzeitig an dem letzten Buchstaben der Friedensverträge festzuhalten, das ist eine unmögliche Aufgabe. Ebenso ist die große Bangnis vor der Wiederkehr der Hohenzollern und Habsburger nicht der wahre Grund der neugeschaffenen Allianz, er liegt vielmehr darin, daß der tschechoslowakische Imperialismus lieber sich zum Werkzeug Frankreichs macht, als daß er innerpolitisch sich zu Konzessionen an die anderen Nationen im Staate zu verstehen und so im Innern die Traggpfeiler zur Sicherung des Staates zu bauen.

Herr Dr. Benes und seine Hintermänner mögen jetzt bei der tschechischen Öffentlichkeit als große Staatsmänner gelten, wer die Welt nicht durch die Brille des tschechischen Imperialismus sieht, wird den Trugschluß erkennen, der in dem tschechischen Herrschaftssystem und seiner Politik liegt. Die Selbständigkeit des tschechischen Volkes könnte nur eine verlässliche Stütze finden: die Verständigung über die Zusammenarbeit aller den Staat bewohnenden Volksstämme. Die pathologische Liebe für das imperialistische Frankreich mag noch so heiß sein, sie wird dieses, wenn es seine egoistischen Interessen notwendig erscheinen lassen, doch skrupellos seinen Weg und seinen blindergebenen tschechoslowakischen Trabanten im Stiche lassen. Alle geschichtliche Erfahrung geht dahin, daß Vajonette allein die brüchigsten Traggpfeiler eines Staates waren.

daß er, was heute zweifellos ist, eine Spitze gegen Deutschland enthalte.

Er müsse aber mehr von dem Gesichtspunkte der europäischen Gesamtlage gewürdigt werden, denn als eine besondere Drohung gegen Deutschland.

Man glaubt hier, daß man sich in Prag deshalb im gegenwärtigen Zeitpunkt zum Abschluß französischer Verständigung für nahe bevorstehend halte und außerdem glaube, daß die Passivität Englands gegenüber den Vorgängen auf dem Festlande sich trotz der Neuwahlen nicht ändern werde. Wenn es zwischen Deutschland und Frankreich zu einer Verständigung komme, so ist die Gefahr eines Neuanbruchs ohnehin für eine absehbare Zeit beseitigt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht an der Spitze des Blattes eine Meldung aus Prag, worin der politische Vertrag mit Frankreich verteidigt wird. — Das Blatt bemerkt dazu: Dr. Benes hat sich durch diesen Vertrag endgültig als Vorspann Frankreichs anzusetzen lassen.

Das Organ der deutschen Volkspartei, „Die Zeit“, schreibt am Schluß ihres Wochenblatt-Artikels: Wir verstehen, daß man in Paris sehr viel Aufhebens von dem neuen Bündnis macht, da Poincaré heute äußeren Erfolg bringender denn je braucht. In Wirklichkeit hat sich an den tatsächlichen Verhältnissen kaum viel geändert.

Auch das „Acht-Uhr-Abendblatt“ bringt einen Artikel „Prag-Paris“. Der zunächst feststellt, daß am Ende des Jahres das Ministerium Baldwin keine letzte außenpolitische Niederlage erlitten hat, dadurch, daß das Bündnis mit Frankreich in Vertragsform gebracht wurde. Die Tschechoslowakei rüde in die Reihe der von Frankreich subventionierten Staaten. Es ist nicht bloß ein Bündnis gegen Deutschland, sondern auch gegen die Deutschen — im tschechischen Staat.

### Der Triumph Frankreichs — für Italien ein erster Fall.

Rom, 29. Dezember. (Savas.) Die Mütter beschäftigen sich sehr ausführlich mit dem französisch-tschechischen Vertrag, der allgemein als ein Erfolg der französischen Politik angesehen wird. Gewisse Kreise sehen in der Verstärkung der Kleinen Entente und den aus diesem Vertrag entspringenden Einfluß Frankreichs in Mitteleuropa einen Anlaß zu ersten Erwägungen für Italien. In einer amtlichen Note wird erklärt, daß dieses Ereignis die diplomatischen Kreise in keiner Weise überrascht habe, und weiter angeführt, daß mit dem Abschluß dieses Vertrages vor der Belgrader Konferenz diese sowie alle Besprechungen über die allgemeine Politik der Kleinen Entente, die sich auf der Tagesordnung dieser Konferenz befanden, umso wichtiger geworden sind.

„Il Mondo“ schreibt, Frankreich hat durch seine bisherige Politik offiziell einen Block gegen Berlin und effektiv gegen Rom geschaffen. Die Kleine Entente ist ein herrliches Instrument der französisch-slawischen Macht und der absoluten Hegemonie in Europa geworden.

Italien sollte erwachen, und die neuen Gefahren beschwören.

„Idea Nazionale“ behauptet, daß die Hegemoniepolitik Frankreichs für Italien insbesondere in Belgrad und Athen gefährlich ist. Die Einkreisung Deutschlands schreitet in gleicher Weise wie die Einkreisung Italiens fort. Die Situation ist außerst ernst.

„Epoca“ führt aus, das Ziel des Bündnisvertrages sei, das Monopol der Eisenindustrie und eine politisch-militärische Hegemonie. Italien ist durch die Zerstörung des europäischen Gleichgewichtes und die Gründung eines kontinentalen Imperialismus bedroht.

Die offiziöse „Agenzia Volta“ sucht zu beruhigen, indem sie sagt, daß das Bündnis die italienische Diplomatie nicht überrascht hat. Der Vertrag ist eine formale Sanktionierung der faktischen Situation. Er bedeutet die Gravitation der Kleinen Entente nach dem System der französischen Politik. Er erhöht die Aktionskraft jener. Der Beitritt Griechenlands ist nicht wahrscheinlich.



Der „Messaggero“ sagt, der Vertrag erinnere an die italienisch-tschechische Konvention vom Feber 1921, die er ergänzt. Es könne nicht von einer Entfesselung Deutschlands gesprochen werden, da die tschechische Regierung auf ihre deutschen Mitberbeitern achten müsse.

„Corriere Italiana“ schreibt, daß die Allianz die definitive Befestigung der französischen Vorherrschaft über die Kleine Entente bedeutet, die Benes beherrscht, der bestrebt ist, an der Donau die alte Habsburger-Großmacht zu schaffen.

Die tschechische Presse ist entzündet.

Das dem Außenminister nahesteheende „Osele Slovo“ sagt: Im Hinblick auf die Vereinbarung mit Frankreich gestaltet sich die Tschechoslowakei infolge ihrer geographischen Lage zu einer Brücke zwischen Rußland und dem Westen. Das Ziel der tschechoslowakischen Außenpolitik ist namentlich die Versöhnung der Russen untereinander und die Annäherung Rußlands zum Westen, vor allem allerdings zu Frankreich.

Die „Tribuna“ meint: „Mit dem Vertrage mit Frankreich tritt die Tschechoslowakei mit ihrer Vertragspolitik aus ihrer politischen Vergangenheit aus dem Rahmen Mitteleuropas und beginnt damit eine neue Etappe ihrer eigenen Außenpolitik, die auf die Friedensarbeit und die Regelung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa hinzielt, die die Alliierten begannen und zu der die Tschechoslowakei wiederholt gründlich beigetragen hat.“

Die „Narodni Politika“ glaubt: „Es ist selbstverständlich, daß unsere Allianz nur einen Abwehrzweck hat. Es gibt keine Richtung, in der Frankreich oder gar die Tschechoslowakei zum Angriff schreiten würde. Es gibt keine Gegend, die sie erlämpfen und sich aneignen wollten.“

Die „Narodni Listy“ befassen sich mit der Rückwirkung des Bündnisses auf unsere Innenpolitik und stoßen hierbei kräftig in das nationaldemokratische Horn. Sie sagen: „Es handelt sich hier nicht um einen Unterschied in den Anschauungen in dem Sinne, daß die Deutschen eine Annäherung an Deutschland wünschen, während wir eine Allianz mit Frankreich wollen, oder daß jene den Friedensverträgen nicht zustimmen, während wir daran festhalten, sondern es liegt hier ein grundsätzlicher Unterschied zweier politischer Weltanschauungen vor: auf der einen Seite die Deutschen und ihre Freunde, auf der anderen eine Welt mit ganz anderer Mentalität in Theorie und Praxis.“

Das „Pravo Lidu“ sagt, es handle sich um einen Vertrag mit friedlichen Tendenzen, der keine: expansiven Ziele habe, niemand bedrohe und nur den gegebenen Zustand gegen Versuche der Gewalt schützen wolle.

Deutschland am Jahresende.

Von Felix Zöllinger (Berlin).

Das deutsche Volk, das nach Beendigung des Ruhrkrieges in bitterster Not zu versinken drohte, hat seine frühesten Weihnachten erlebt, aber ein frohere Weihnacht als ihm wenige Wochen vorher beschieden schien. Die Ablösung des alten Geldes durch das neue Geld, hat bisher tatsächlich Veränderungen geschaffen, die wie ein Wunder wirken. Die Billionenpreise haben den Ballast ihrer Nullen verloren und sind zu Goldmarkpreisen geworden, die nach dem bisher Erlebten geradezu schlanke erscheinen. Die Stabilisierung der Valuta durch den bisher keinen Inflationsinteressen fühlbaren Dr. Schacht, die Sättigung des Verkehrs mit einem Gelde, das insofern wertbeständig ist, als es einen neuen Namen trägt und auf Dollar lautet, die Trennung des gesamten Handels von den alten Berechnungsweise, die Einführung von Goldlöhnungen in allen Berufen — all dies hat eine neue Epoche des deutschen Lebens eingeleitet und wieder wie so oft, wird es nur von unserer eigenen Regierung abhängen, ob aus der Besserung eine bleibende Veränderung hervorgeht.

Das Wunder des besseren Geldes erlebt jeder Einzelne an sich selbst von früh bis spät. Man kann wieder kaufen, weil man die Preise versteht und die Möglichkeit hat, zu warten. Das Geld wird nicht während des Mittagessens schlecht und die atembekemmende Pause von 12 bis 3, während der ganz Deutschland auf die Schicksalschläge des Dollarschalls horchte, ist demnach vergessen. Die Verkäufer sind wieder freundlich und schließen nicht, wenn es ihnen gefällt. Die Käufer greifen nicht mehr hastig nach jeder Ware, sie können warten. Die Wertbeständigkeit ist (zunächst) so groß, daß man sich sagen kann: dieses Geld ist mir zu teuer.

Der neue Vertrag werde zur Milderung und Brechung expansiver und imperialistischer Tendenzen beitragen, wenn sie zum Vorschein kommen sollten und werde zur Geltendmachung der Friedensmethoden Masaryks und Benes' auch außerhalb des Rahmens Mitteleuropas führen. Mit dem Vertrag können natürlich in keiner Weise die günstigen Beziehungen der Tschechoslowakei zu den übrigen Ententestaaten geändert werden. Nach seinem Abschlusse bleibe für die Tschechoslowakei nur die Frage der definitiven Regelung des Verhältnisses zu Rußland offen.

Belgrader Präliminam.

„Freiendruckungen“ gegen Alle an der Seite Frankreichs.

Belgrad, 29. Dez. (A. N.) In einem Artikel über die Zusammenkunft der Außenminister der Kleinen Entente, welche am 9. Jänner in Belgrad stattfinden wird, sagt die Belgrader „Politika“, sie habe aus amtlicher Quelle erfahren, daß bei dieser Zusammenkunft vor allem die zwischen den einzelnen Ländern der Kleinen Entente bestehenden Bande fester geknüpft werden sollen, die sich schon bei den Verhandlungen über den ungarischen Kredit, bei denen sich die Kleine Entente die Kontrolle gesichert hat, bewährt haben. Das Blatt fährt fort: Es ist notwendig, unseren nördlichen Nachbarn zu beobachten, damit aus ihm nicht ein den mitteleuropäischen Frieden bedrohendes Element werde. Außer den Fragen, welche sich auf der Tagesordnung befinden, wird über ein gemeinsames Vorgehen der Belgrader und Bulgarer Regierung gegen die übrigen Balkanstaaten verhandelt werden. Die Aufnahme Griechenlands in die Kleine Entente wird nicht zur Beratung kommen, weil dadurch die Grundlage dieser politischen Gruppierung geändert würde.

Beg mit dem Ausnahmezustand gegen die Arbeiterschaft!

Berlin, 29. Dezember. (Eigenbericht.) Die Genossen Weis, Giffert und Herz erschienen heute beim Reichsanwalt, um ihn neuerdings auf die immer untragbarer werdende Art der Anwendung des militärischen Ausnahmezustandes, insbesondere das Vorgehen gegen Thüringen, warnend aufmerksam zu machen. Sie ließen den Kanzler nicht im Zweifel darüber, daß die Fraktion mehr als je die Beseitigung des militärischen Ausnahmezustandes, der immer mehr ausschließlich gegen die Arbeiterschaft angewendet werde, mit allem Nachdruck verfolge wird. Auch die Steuerpolitik der Regierung und die schwere Belastung der breiten Massen durch die geplante Goldmiete wurde erörtert.

Das „Volksgesicht“ des Schulten Rahr hat gerichtet.

Berlin, 29. Dezember. (Eigenbericht.) Das Münchner Volksgesicht hat heute in dem Landfriedensbruchprozeß gegen die Mitglieder der früheren sozialistischen Sicherheitsabteilungen wegen der Zusammenkünfte mit den Anhängern des Bundes „Oberland“ das Urteil gefällt. Drei Genossen wurden zu je zehn Monaten, zwei Angeklagte zu je fünf Monaten, fünf zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei Genossen erhielten Geldstrafen, alle übrigen wurden freigesprochen.

Gegen die Mitglieder des Bundes „Oberland“, die damals schwer bewaffnet zu einer Felddienstübung ausgerückt waren und die sozialistische Sicherheitswehr provozierten und bedrohten, ist bis heute nichts unternommen worden.

Ich fahre übermorgen zu Wertheim und werde sehen, ob es dort billiger ist. Oder ich warte auf die Inventurausverkäufe im Jänner. — Das Alles, was für die Länder mit westlichem Gelde eine Selbstverständlichkeit ist, empfinden wir in Deutschland wie ein Wunder. Schon hat die Nervosität nachgelassen. Schon scheinen die Menschen nicht mehr haß erfüllt und verbittert einander töten zu wollen. Schon sind die Straßen mit einer lauffähigeren Menge erfüllt, an deutschen Straßenkreuzungen, an denen noch vor kurzem die deutschvölkische Bestie ihr „Hej, Hej“ schrien, stehen jetzt mit Lebkuchen und Büchern, Pantoffeln und Spielzeug, Strickjaden und Seidenschachteln.

Das Weihnachtsleben ließ sich schwer an, aber es nahm von Tag zu Tag zu. Am silbernen Sonntag war die Leipzigerstraße von einer schwarzen Menge erfüllt, die fast an große Demonstrationstage erinnerte. Die meisten waren wohl keine Käufer, sondern Sehleute und Gebröde. Aber Sonnabend und Sonntag vor Weihnachten nahm das Geschäft einen für unsere herabgefallenen Verhältnisse außergewöhnlichen Aufschwung an. Zuris trieben die Wenigsten. Man kaufte, man wünschte sich, was man sonst vordem bis zum letzten Arbeiter herab besessen hatte: die Notdurft des Lebens. Das Glück des ersten wertbeständigen Monatsgehaltes wurde in Pentid und Hufe umgesetzt.

Es ist charakteristisch für die Indifferenz unseres von seinen bestgehenden Klassen bis auf den letzten Knopf ausgeplünderten Volkes, daß der Genus eher noch so bedingten wiedergewonnenen Sicherheit keine Gedanken über die politischen Probleme aufkommen läßt. Das Leben als Selbstzweck beherrscht die Allgemeinheit derart, daß die politischen Mittel, das Leben zu haben, kaum noch bedacht werden. Die politische Interesselosigkeit ist ganz ungeheuer. Man interessiert

Strafe muß sein — in Preußen!

Berlin, 29. Dezember. (Eigenbericht.) Zur Vernehmung des Redakteurs der parteigünstigen „Frankfurter Volksstimme“ durch die Reichsanwaltschaft wegen des vor einem Jahre erfolgten Abdruckes eines Artikels über die Bewegungen der bewaffneten Hiltlerbanden läßt jetzt das Reichsjustizministerium erklären, daß durch diese Vernehmung kein weiterer Schritt erfolgt sei. Trotz dieser Erklärung erscheint das schwebende Verfahren in einem sehr merkwürdigen Lichte. Nachdem bereits ein halbes Jahr verstrichen, in dem selbst die bayerische Justiz nichts veranlaßt hat, erwidert man jetzt in dem Artikel, der seinerzeit die Kunde durch die gesamte sozialdemokratische und demokratische Presse gemacht hat, ein neues „sträfliches“ Vergehen.

Die Regierungsrufe in Sachsen.

Dresden, 29. Dezember. (Eigenbericht.) Der Landtag beschloß heute die Wahl des Ministerpräsidenten von der Tagesordnung abzugeben. Ebenso wurde zugestimmt, den Antrag auf Landtagsauflösung an einen Ausschuß zu verweisen. In der nächsten Sitzung, die am 4. Jänner stattfinden wird, sollen beide Angelegenheiten entschieden werden.

Frankreichs Antwort auf die deutsche Denkschrift.

Eine Havas-Stimme.

Paris, 29. Dezember. (Havas.) Das Ziel der am 24. Dezember dem Ministerpräsidenten Poincaré überreichten deutschen Denkschrift ist ausschließlich nur die Wiederherstellung der politischen und Verwaltungsvorherrschaft der Berliner Regierung über das besetzte Gebiet, aber nicht die Herbeiführung eines annehmbaren modus vivendi. Deutschland fordert einfach auf allen Gebieten die Rückkehr zum Stande vor dem 11. Jänner 1923 und bemüht sich ausschließlich um die Beseitigung der französisch-belgischen Verbände, um dadurch die Aufrückung zu einer illusorischen und die beschlagnahmten Pfänder wertlos zu machen. Die Pariser und Brüsseler Regierung wird allerdings nicht so leichtsinnig nachgeben und damit die erreichten Ergebnisse der gemeinsamen französisch-belgischen Politik zunichte machen. Betreffend die deutsche Anleihe zum Ankauf von Lebensmitteln sind die alliierten Kreise der Ansicht, daß die alliierten Regierungen oder die Delegierten der Reparationskommission erst dann instande sein werden, eine nutzbringende Entscheidung zu fällen, bis die tatsächlichen deutschen Bedürfnisse an Getreide und anderen Lebensmitteln festgestellt sein werden.

Zum Tode, zum Tode!

Hochkonjunktur der Kriegesgerichte unseres Verbündeten.

Mainz, 28. Dezember. (Wolff.) Das französische Kriegesgericht verurteilte die drei Helfershelfer der Leineweiler wegen Vorbereitung eines Sabotageaktes zum Tode verurteilten Landwirtschaftsingenieurs Torge in Abwesenheit einstimmig zum Tode.

Einer Blättermeldung aus Essen zufolge verurteilte gestern das dortige französische Kriegesgericht den Arbeiter Sablowski, der angeklagt war, in einer Fensterbrüche des von den Franzosen besetzten Gebäudes des rheinisch-westfälischen Stahlwerks einen Sprengkörper angebracht zu haben, in seiner Abwesenheit zum Tode. Dem Verurteilten ist es vor einigen Wochen gelungen, aus der französischen Haft zu entfliehen.

sich für die Preise der verschiedensten Sachen, für Vorkämpfe und Filme. Aber daß Deutschland seine Demokratie entmannt hat, daß nach dem Vorbild des Reichstags auch die Landesparlamente von der Seuche der Ermächtigungsgesetze hingerafft werden, darnach preist kein Hund. Die politische Mäßigkeit ist übergrößen, das Vertrauen in politischen Taten überflüssig. Die Ermächtigungsgesetze haben nicht die Macht an die wirklich Befähigteren gewiesen. Aber die Tatsache allein, daß das Ermächtigungsgesetz die Öffentlichkeit von dem Pferdemarktgetriebe befreit hat, das sich jeweils beim Zusammentritt des Reichstags breitmachte, genügt denen, die nur ans Nächste denken, den gegenwärtigen Zustand als eine Besserung zu empfinden. Wie wenig es auf die Form, wie sehr es auf den Inhalt der Politik ankommt, wird man allerdings spüren, wenn unser neues Direktorium die alten Wege weiter zu wandeln versuchen wird. Ganz ist das allerdings nicht mehr möglich, obwohl die Börsen nach der Weihnachten die neuen Steuerentwürfe, die umso weniger wehtun, je reicher man ist, mit einer Haufe der Erleichterung beantwortet hat.

Das alte Jahr, das ausklingt, war das schwerste, das Deutschland seit langem erlebt hat. Es hat ihm durch den von den Engländern bis zum letzten Deutschen geführten Ruhrkrieg das Bewußtsein seiner Niederlage, das bisher nicht klar genug war, ins Gehirn und in den Magen gehämmert. Die Politik des Ruhrkrieges hat die Massen ruiniert, aber zum Teil auch über manches aufgeklärt, was man vorher nicht so genau gewußt hatte. Das Jahresende findet daher ein Deutschland an, das von dem zu Jahresbeginn sichtbar unterschieden ist. Ob das deutsche Volk daraus lernen wird, ist gerade von unserem sozialistischen Standpunkte aus zu hoffen, vielleicht sogar anzunehmen. Denn für eine zweite Aktion dieser Art hat es nicht mehr die Kraft.

Der Faschismus an der Jahreswende.

(Von unserem italienischen Berichterstatter.)

Das jetzt zu Ende gehende Jahr war für Italien im Zeichen einer außerordentlichen politischen Situation herausgehoben, von der man, je nach der Klassenstellung, viel erhoffte und viel befürchtete. Heute, wo wir am Ende des Jahres stehen — freilich noch zu nahe für einen geschichtlichen Ueberblick, aber fern genug, um eine Summe zu ziehen — kann man feststellen, daß sich zwar die Befürchtungen des Proletariates, nicht aber die Hoffnungen des Bürgertums erfüllt haben. Damit soll nicht gesagt werden, daß sich der Faschismus nicht als getreuer Botengänger bürgerlicher Interessen bewährt hätte. Er hat vielmehr gewisse Sonderinteressen des Bürgertums sehr energisch und rücksichtslos gefördert, aber er hat nichtsdestoweniger als Vertreter der Klasseninteressen der Bourgeoisie, in jenem weitesten Sinne genommen, der die ganze historische Funktion dieser Klasse einschließt, vollkommen versagt.

Denen, die ihm Vertrauen entgegenbrachten, erschien der Faschismus zu Anfang als der Keim einer politischen Wiedergeburt des Bürgertums, das in Italien nie ein rechtes Klassenbewußtsein gehabt hat und das seiner politischen Farblosigkeit wegen eine proletarische Bewegung hatte erstarken lassen, deren politischer Einfluß viel größer war als es der tatsächlichen Reife der Massen und dem wirtschaftlichen Entwicklungsgrade des Landes entsprach. Im Grunde war die Besitzergreifung der Regierung ja nichts anderes als ein Regierungswechsel, durch den auf unkonstitutionelle oder doch auf unparlamentarische Weise eine bürgerliche Regierung durch eine andere ersetzt wurde. Wenn sie einem großen Teil des Bürgertums als mehr erschien, so lag das einzig daran, weil dieser Teil glaubte, es sei an Stelle einer Klientelregierung eine Klassenregierung getreten. Von diesem Glauben hat nun ein Jahr faschistischer Experimente gründlich kuriert.

Der Umstand, daß der Faschismus antiproletarisch war — obwohl seine Männer fast alle vom Syndikalismus und vom Kommunismus kamen — weckte in der Bourgeoisie den Glauben, daß er allgemeine bürgerliche Klasseninteressen vertreten würde. Der Faschismus ist aber auch antidemokratisch; er lehnt also eine politische Einstellung ab, die zum Wesen des modernen Bürgertums gehört und die von diesem begründete Aera entscheidend von der des Absolutismus abgrenzt. Dadurch dokumentiert der Faschismus einen Charakter als eine auf die Epoche vor der französischen Revolution zurückgreifende anachronistische Bewegung, andererseits zeigt er sich als Ausdruck der Interessen einer Klasse, nicht einer Klasse. Aus seiner Ablehnung der französischen Revolution macht er kein Hehl, ebensowenig wie aus seiner Ablehnung des freien Gedankens, aber seine Wesenheit als Vertreter der Interessen der Hochfinanz und Großindustrie, ebenso wie ihr politisches Mittel, die Diktatur, maskiert er als Politik der aristokratischen Regeneration. Er will dem Lande eine neue Elite als herrschende Klasse schenken, und wird es gar nicht gewagt, daß seine „Herrschaft der Besten“ in Wirklichkeit auf eine Herrschaft der Reichsten herausläuft. Italien hat heute kein aristokratisches, sondern ein plutokratisches Regiment.

Die grobe, an Weitstanz erinnernde politische Beweglichkeit dieses letzten Jahres hat in erster Linie das Ergebnis gehabt, den ganzen ideologischen Gehalt, den ein Teil des Bürgertums dem Faschismus zuschrieb, als Bluff zu entlarven. Vor einem Jahre glaubten noch viele, daß der Faschismus das verrottete herrschende Regime mit eisernem Besen auskehren und durch ein reinlicheres, kraftvolleres, sittlich gesünderes ersetzen würde. Hätte er das vermocht, so wäre er trotz seiner antidemokratischen Einstellung dem Lande zum Segen gediehen. Aber er hat es nicht einmal versucht. Das eben ist die große Lehre des zu Ende gehenden Jahres, daß es gerechtfertigt hat, die neue Regierung derselben Methoden hat wie die alte, daß die neue Aera sich von der vorigen nur dadurch unterscheidet, daß sie den Staatsabbat in den Dienst einer anderen Alike stellt. Freilich, wie die Methoden der Besitzergreifung andere waren, so sind es die Methoden der Behauptung; es sind Methoden der Gewalt und der Gefährlichkeit, aber der sittliche Gehalt — oder Mangel an sittlichem Gehalt — ist der gleiche. Der Staat ist das Wachstumsmittel einer Partei, die Ausübung der Staatsgewalt ein Privilegium dieser Partei. Der Staat in Italien ist nicht das, was er seiner historischen Wesenheit nach sein soll: der Ausdruck des Rechtsbewußtseins der Nation im Innern, der Interessen und der Würde der Nation nach außen. Vom Faschismus kann man sagen, daß er das Regime der Klientelwirtschaft nicht überwunden hat, sondern erfüllt.

Indem diese Tatsache breiten Massen des Bürgertums zum Bewußtsein kommt, beginnt die Demolierung des Faschismus. Er verliert an ideellem Prestige gerade in der Klasse, als deren Vertreter er erscheinen will. Nun kann allerdings eine Regierung sich geraume Zeit ohne ideelles Prestige halten, wie das die vorhergehenden Regierungen in Italien gezeigt haben. Um das zu können muß aber entweder die Alike sich immer erweitern und immer tiefere Wurzeln in andere Schichten schlagen, eben, wie es die demokratischen Regierungen der letzten Jahre getan haben, die schließlich so vielen Sonderinteressen dienen mußten, daß sie es keinem mehr recht machten; oder sie muß sich auf die bewaffnete Gewalt stützen, wie es der Faschismus auf seine 200.000 Mann starken Miliz tut. In dem Maße,



wie es der Bourgeoisie klar wird, daß die heutige Regierung nicht die Interessen der nationalen Produktion und Kultur, nicht die des gesamten Bürgertums vertritt, wächst die Bedeutung der Wille für die Erhaltung des Regimes, und in dem Maße, wie diese Bedeutung wächst, nehmen die Ansprüche zu, die die faschistische Partei an die Regierung stellt.

Der kommen wir auf eine andere Tatsache, die das ganze Jahr angeregt hat auf dem wachsenden Interessenkonflikt zwischen faschistischer Partei und faschistischer Regierung. Die Regierung befindet sich in der tragischen Lage, die chronische Gewaltaktion der faschistischen Partei und der Wille nicht entgegen zu können und doch täglich durch sie an Ansehen und Autorität einzubüßen. Zu Anfang konnte es scheinen, daß die Regierung nicht imstande sei, der Willkür der eigenen Partei Fügung anzulegen. Heute weiß man aber, daß sie die Fügung der Willkür gar nicht ernstlich anstrebt, weil sie überzeugt ist, dieser Willkür zu ihrer Machtbehauptung zu bedürfen. Denn trotz ihrer beständigen Versicherungen, der Zustimmung der ungeheuren Mehrheit des Landes sicher zu sein, lebt die Regierung in einer beständigen panischen Furcht vor Attentaten und Komplotten der Opposition. Sie ist überzeugt, daß man die Gegner mit dem Knüttel niederhalten muß. Daher die beständigen Drehreden ihrer Männer, auf die dann Angriffe und Verwüstungen der Oppositionsblätter, Anschläge auf das Leben der leitenden Männer der Gegner folgen. Nach der jüngsten Rede des Unterstaatssekretärs Curiali in Mailand wurden die Redaktionen der Giustizia und neun kommunistischer Wochenblätter verwüstet; am Tage darauf wurde die Gewalttat nachträglich sanktioniert, indem man die kommunistischen Blätter einfach verbot. Die faschistische Regierung braucht also die Gerben, die Schreden um sich säen, aber dieselben Gerben lassen sich natürlich nicht gleichzeitig als gut gezeigte Schoßhündchen verwenden. Sie plündern, jagen und töten auch auf eigene Faust, auch gegen den Willen und die Interessen der Regierung. Und nicht genug damit, machen diese faschistischen Gerben eine Art Antekrecht auf die Regierung geltend, indem sie den Regierungsorganen Befehle erteilen, so daß heute in Italien die höchsten Staatsbeamten gleichzeitig von zwei Dingen abhängen: von der Regierung und von der faschistischen Partei. Bei Anlaß der Neuwahlen der faschistischen Vertrauensmänner hat das Direktorium der faschistischen Partei durch ein Rundschreiben die Präzisten (Regierungsvertreter für die Provinz) aufgefordert, den Sicherheitsdienst vor den Türen der Partellokale verwehren zu lassen. Die Regierungsorgane sind also heute in Italien gleichzeitig Parteiorgane.

Mussolini versteht natürlich, daß auf diese Art die Staatsautorität zum Nulldrop wird und strebt danach, sich der faschistischen Partei zu entziehen. Er könnte das heute auch, ohne seine materielle Machtstellung entscheidend zu erschüttern, wenn er nicht von jener panischen Furcht vor der Opposition befeuert wäre. Wir halten dafür, daß diese verhängnisvolle Angstreue, an der die leitenden Faschisten heute leiden, durch falsche Darstellungen interessierter Kreise ausgelöst wird. Es gibt einflussreiche Faschisten, namentlich in der Provinz, die Interesse an der Fortdauer der heutigen Allegorien haben. Von diesen gehen die periodischen Komplottlegenden aus. Jede Komplottlegende akkreditiert die faschistische Wille und die faschistische Partei; man läßt beiden die Fügung schießen zu einer neuen Welle von Gewalttätigkeiten. Da diese Italien im Auslande immer mehr in Mißkredit bringen, so folgt aus jeder Gewaltperiode eine größere Verdrückung der Presse. Wer solche Dinge im Auslande bekannt gibt, ist Landesverräter und wird ganz öffentlich dem Haß der Faschisten als Zielscheibe gezeigt; natürlich steht er in fremdem Solde. Um Mussolini im Bannkreis der Partei zu erhalten, verfehlt man ihn in einen beständigen Zustand der Befürchtung, diese führt zur Gewalt, die Gewalt nötigt zur Rechtsnebelung, schließlich zur Mißachtung der Staatsgewalt und zur Partidiktatur. Der Ministerpräsident, dem die Partei nur Mittel und nicht Zweck ist, möchte sich von der Partei emanzipieren, kann es aber nicht, so lange er sich von Gewalttat und von Komplotten umgeben wähnt. Die faschistischen Führer haben aber alles Interesse, ihn in seinem Verfolgungswahn zu bestärken. Mussolini möchte nur Ministerpräsident sein und ist durch seine Psychologie und durch die Interessen der Leute, die ihn auf den Schild gehoben haben, gezwungen, in erster Linie der „Herrscher“ des Faschismus zu sein. Seine Freischärler, die ihn zur Regierung geführt haben, stellen an ihn eine Aufzählung von Ansprüchen, die die Ressourcen des Staates gar nicht befriedigen können. Wenn er für jeden einzelnen eine Stelle schaffen könnte, wäre das Problem des heutigen Faschismus gelöst; er kann das nicht und muß ihnen andere Zugeständnisse machen: er gibt ihnen die Staatsgewalt preis, indem er ihre Gewalt duldet.

Die faschistische Regierung steht aber nicht nur zu ihren sogenannten Truppen in einem Abhängigkeitsverhältnis, sondern auch zu ihren Geldgebern: den Banken und der Großindustrie. Dieser Tage ist herausgekommen, daß ein norditalienischer Verband von Industriellen einen faschistischen Abgeordneten beauftragt, den Journalisten Giovanni Maria Gray der darauffin von einem Ehrengericht als nicht satisfaktionsfähig erklärt wurde, was für die faschistische Organisation ein Grund war, ihm ihr Vertrauen ausdrücklich auszusprechen. Die ganze faschistische Presse wird von den Banken und

Großindustriellen ausgehalten, was heute kein billiger Spaß ist, denn aus reinem Idealismus verkauft heute niemand seine Ueberzeugung. Die Folge ist die Tendenz, die verschiedenen gleichlautenden Blätter zusammenzuschlagen, um so mehr, als die meisten eine minimale Belegschaft haben. Das läßt sich aber die Partei wieder nicht gefallen. Wie lange werden aber die Banken die vielen Millionen monatlich aufbringen wollen?

In einer solchen Situation ist nun also die Kammerfession geschlossen worden, was der erste Schritt zur Kammerauflösung sein sollte. Man sagt, daß Mussolini mit solcher Sorge auf die Neuwahlen und auf die neue faschistische Kammer sieht, daß er sogar die Möglichkeit erwägt, eine neue Parlamentssession zu eröffnen. Das wird aber schwer möglich sein. Jede neue Session muß durch eine Thronrede eröffnet werden. Wie soll aber der König zu einer Kammer sprechen, die nach einem außer Kraft getretenen Wahlgesetz gewählt ist? Neuwahlen dürften sich also auch der Regierung als unvermeidlich aufdrängen. Außer ihrem guten Namen verleiht die Regierung nichts dabei, denn das Wahlgesetz mit Majoritätsvertretung sichert ihr 356 Mandate, gegen 179, in die sich alle Minoritätsparteien teilen müssen. Nun kann aber die Regierung offenbar nicht die Freiheit der Wahl gewährleisten; man wird mit dem Knüttel wählen, wie dies die Faschisten in der Kammer in Aussicht gestellt haben. Gegenüber dieser Voraussetzung macht sich eine Tendenz allgemeiner Wahlenthaltung der Opposition geltend. Man fragt zu ihrer Begründung: Warum sollen Parteien, die tatsächlich ihre verfassungsmäßigen politischen Rechte eingebüßt haben, diese zum Schein ausüben? Bis jetzt ist der Gedanke der Wahlenthaltung von den Einheitsfaschisten und von den Maximalisten ausgesprochen worden, und hat ihnen die Drohung „entsprechender Maßnahmen“ und die übliche Beschuldigung des „ausländischen Geldes“ eingebracht. Gegen die Wahlenthaltung ließe sich sagen: gelübt es, die ganze Opposition zur Wahlenthaltung zu bestimmen, warum sollte es da nicht gelingen, sie zur Aufstellung einer einzigen Kandidatenliste zu bringen, der dann die Mehrheit sicher wäre? Gegen die einzige Liste spricht aber eine Kleinigkeit: sie wäre gleichbedeutend mit dem Bürgerkrieg. Ehe sich der Faschismus die Herrschaft auf legalem Wege entreißen läßt, entseisset er alle Parteien des Bürgerkrieges. Was mit dem Wahlscheit nicht gemacht werden kann, macht man dann eben mit der Handgranate. Waren doch Faschisten mit Handgranaten auf den Tribünen des Parlaments als über das neue Wahlgesetz abgestimmt wurde!

Mit oder ohne Blutvergießen wird uns das Jahr 1924 eine faschistische Kammer beschicken. Mit einer beispiellosen Energie machen tausende von Faschisten ihre Ansprüche auf Mandate geltend. Wer sich gut zu krümmen versteht und gut zu treten, wer Dinge weiß, die er ausplaudern könnte, der kommt sicher hinein. Mussolini wird eine Kammer vorfinden, mit der selbst der liebe Gott nicht regieren könnte. Der Zersehungsprozess der faschistischen Partei, der sich im Jahre 1923 in unzähligen innern Reibereien und Konflikten geäußert hat, wird im neuen Jahre einschneidend die Politik des Landes beeinflussen. Man hat die Presse geknebelt, wird die Kammer taubstumm machen; wir haben kein Versammlungsgesetz mehr, das Leben unserer Männer ist ebenso wenig sicher wie ihr Eigentum. Von diesem Regime kann aber der Faschismus nicht leben, ebensowenig, wie die Opposition an ihm sterben wird. Das sieht Mussolini dunkel und strebt daher danach, die Partei abzuschütteln, die so viele Anführer geltend macht. Die Opposition, vor allem die sozialistische, ist heute das Schreckbild, das Faschismus und Regierung zwingt, eine Einheitsfront der Geschwiderheit zu bilden. Und an dieser Einheitsfront, durch die der Staat zum Parteiwerkzeug wird, muß das heutige Regime zugrundegehen. Sein Zersehungsprozess hat von innen heraus im Jahre 1923 begonnen; das neue Jahr muß sie weiter führen und kann sie vollenden.

### Inland.

#### Die tschechischen Unabhängigen zur nationalen Frage.

Das jetzt als Wochenblatt erscheinende Organ der tschechischen unabhängigen Sozialisten und der unabhängigen Sozialdemokraten, der „Sociální“ behandelt an leitender Stelle die Nationalitätenfragen der Tschechoslowakei. Das Blatt äußert sich zunächst über unseren künftigen Partisanen, den es für einen „unbestreitbaren Fortschritt gegenüber dem Tschepser Parteitag“ erklärt. Das Blatt sagt: „Man formuliert die nationalen Forderungen nicht in einer so geraden und jede Zweifel ausschließenden Art, wie dies der vergangene Tschepser Parteitag tat. In den allgemeinen Ausführungen über die Internationalen war das Bestreben ersichtlich, für die Sozialisten des anderen nationalen Lagers die Türe offen zu lassen, um zu einem Abkommen zu gelangen. Diese Bestrebung, die nationale Frage tatsächlich zu lösen, scheint in der deutschen Sozialdemokratie an Boden zu gewinnen, besonders nach den Wahlen, welche zeigten, daß der gegenwärtige Stand der Dinge im deutschen Volke tatsächlich die Voraussetzungen für eine nationale Radikalisierung geschaffen hat.“

Das Blatt bespricht dann das Wahlergebnis in den deutschen Gebieten und formuliert auf die Frage: „Wie ist das Verhältnis zwischen den Nationen in der Tschechoslowakei vom Stand-

## Die ungarischen Bombenfaschisten.

### In Ungarn bis jetzt drei Todesopfer. — Hejjas als Antifaschist des Attentats.

Budapest, 29. Dezember. (Eigenbericht.) Eine amtliche Mitteilung besagt, daß die Täterschaft des verhafteten Mikolans Bölöny so gut wie nachgewiesen ist. Bölöny ist ein bekannter Diskowerker und überhaupt im Westen sehr geschätzt. Seine unmittelbaren Mitschuldigen sind zwei Bauernburschen namens Fülöp und Mikó. Insgesamt befinden sich 25 Personen in Haft. Die Attentäter bildeten eine organisierte Gesellschaft. Bei einem Verhafteten, dem Johann Jagy wurde eine Urkunde gefunden, in der der berüchtigte Terrorist Jwan Hejjas den Jagy als Dienstführenden des Eszograder Bataillons der „Tiefenebenebrigade“ ernannte.

Seit vier Jahren wütet im Eszograder Gebiet der weiße Terror. Die jüdischen Häuser und Wohnungen haben überhaupt keine Fenster, weil diese seit Jahren von den „Erwachenden Ungarn“ systematisch eingeschlagen werden.

Heute haben die Sachverständigen den Tatort und die Sprengstoffe besichtigt und festgestellt, daß

punkte der praktischen sozialistischen Politik zu lösen?“ folgende grundsätzliche Antwort:

1. Aus allen Institutionen, in denen über die Verwaltung und Wirtschaft des Staates entschieden wird, sind national strittige Probleme, so weit dies überhaupt möglich ist, auszuschließen.

2. Die Körperschaften, welche mit den national strittigen Problemen betraut werden, sind derart zu reorganisieren, daß sie eine Erziehung im heterischnationalen Geiste auszuüben würden.

3. Dort, wo nationalstrittige Fragen nicht auf Instanzen der nationalen Selbstverwaltung übertragen werden können, muß auf die Bedürfnisse der praktischen Verwaltung Rücksicht genommen werden. Streitfälle über das Prestige der einen oder der anderen Nation sind unzulässig.

Das Blatt hat sich weiter für breitere nationalkulturelle Selbstverwaltung ein, denn wir brauchen uns nicht in die Frage einzumischen, welche Schule der deutschen Mitbürger gesperrt und welche geöffnet bleiben soll.

Wenn auch diese Formulierung des Standpunktes der tschechischen Unabhängigen in der Nationalitätenfrage noch recht unklar ist und wenn sie auch nicht von uns voll gebilligt werden kann, so muß doch ein gewisser Unterschied in der Beurteilung der nationalen Frage durch die Unabhängigen auf der einen Seite und die tschechischen Sozialdemokraten auf der anderen Seite festgestellt werden, ein Unterschied, der zweifellos einen Fortschritt in sozialistischer Hinsicht bedeutet.

Konjuration. Die heutige Ausgabe der Tageszeitung „Reforma“ wurde wegen Reproduktion eines der „Staatswehr“ entnommenen Artikels des „Bidenly Dennil“ beschlagnahmt, in welchem der Präsident der Republik dem öffentlichen Geschlechter vorgesprochen und die Tschechoslowakische Republik in grober Weise geschmäht wird. (Mitteilung des Tschechischen Pres-Büros.)

Der Präsident der Republik ist gestern in Lana um 9 Uhr 45 Min. vormittags entgegengetroffen. Der Präsident fuhr vom Bahnhof direkt in das Schloß in Lana, wo er sogleich ausführliche Referate entgegennahm. (Mitteilung des Tschechischen Pres-Büros.)

### Ausland.

#### Vor einem bayerischen Volksentscheid!

Ueber die Pläne der bayerischen Aktiven, der maßgebenden Fraktion des bayerischen Landtages wird der „Arbeiterzeitung“ aus München berichtet:

Die unerwartete Niederlage im Parlament hat die Bayerische Volkspartei derart aufgebracht, daß sie in Eile einen Schritt getan hat, der die wahren Absichten ihrer letzten großartigen parlamentarischen Aktion enthält und klar und eindeutig für jedermann, der es etwa verstanden haben sollte, die politischen Ziele dieser maßgebenden Partei eines deutschen Freistaates zeigt. Nachdem die von ihr so stürmisch verlangte sofortige Auflösung des Landtages nicht gelungen ist, sollte man meinen, sie setze nun alles daran, um die Landtag beschlossene Voraussetzungen für Auflösung so schnell wie möglich zu schaffen. Aber ganz im Gegenteil; an diesen Dingen hat die Bayerische Volkspartei bereits kein Interesse mehr, sondern sie fordert ein Volksbegehren zur Herbeiführung eines Volksentscheides, um den § 92 aus der jetzigen bayerischen Verfassung der eine Zweidrittelmehrheit für verfassungsändernde Beschlüsse vorschreibt, auszumergen. Weiter soll dann durch den Volksentscheid der gegenwärtige Landtag aufgelöst und ein neuer Landtag, und zwar als verfassunggebender gewählt werden, der ohne den § 92 in einfacher Mehrheit die freistaatliche republikanische Verfassung in ihren Grundgedanken umstoßen und den schon lange ersehnten Staatspräsidenten mit souveränen Vollmachten schaffen und damit grundsätzlich den Weg freimachen würde für die wittels-

die Granate ein halbes Kilo gewogen habe und fabrikmäßig hergestellt worden sei. Ihren Ursprung bezeichnet die amtliche Meldung als rätselhaft. Heute starb als drittes Todesopfer ein Apotheker. Die Regierung betrachtet das Bombenattentat nicht als politisches Verbrechen. Während bei früheren terroristischen Anschlägen der Innenminister Rakovský sehr redselig war und jedesmal energisches Einschreiten der Behörden ankündigte, hört man diesmal nichts von Maßnahmen der Regierung. Rakovský verbringt die schönen weichen Weihnachts- und Neujahrstage auf dem Semmering; ihm genügt die telephonische Berichterstattung. Er denkt, wozu sich persönlich strapazieren — bleibt doch in Horth und Hejjas-Ungarn seit Jahren alles schön beim Alten.

Die sozialdemokratische Fraktion kündigt für die nächste Sitzung der Nationalversammlung eine Interpellation in der Bombenfähe an. Ein Redner der Partei wird sprechen.

tschechischen Zeiten vor 1914. Es ist notwendig, auf dieses Ziel der Bayerischen Volkspartei hinzuweisen, wenn sie jetzt am Feuer der Volksstimmung, die unter dem Druck der wirtschaftlichen und politischen Nöte unserer Tage in ihrer Mehrheit vielleicht gegen das Parlament eingenommen ist, ihre realistischen Pläne zu verwirklichen hofft. Das Volksbegehren, das den Volksentscheid herbeizuführen hat, benötigt ein Fünftel aller Wahlberechtigten. Der Volksentscheid braucht für die Durchführung einer aufgestellten Forderung eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Es ist klar, daß diese ganze Prozedur und ihre Prüfung auf Möglichkeit ziemlich langwierig ist und daß deshalb die Auflösung des Landtages auf Monate hinaus zurückgestellt ist. Nicht zweifelhaft ist ferner, daß die Bayerische Volkspartei im Volksbegehren sehr wohl das eine Fünftel Stimmen aufbringt, ebenso ist damit zu rechnen, daß sich im Volksentscheid eine Zweidrittelmehrheit für eine Auflösung des gegenwärtigen Landtages ergibt. Den schwersten Schlag gegen die deutsche Republik und einen zerstörenden Einfluß auf die Verfassung von Weimar aber würde es bedeuten, wenn sich im bayerischen Volk eine Zweidrittelmehrheit fände für die Forderung, einen verfassunggebenden Landtag zu wählen, der mit einfacher Mehrheit eine neue bayerische Verfassung zu beschließen hat. Aber allein darum ist es der Bayerischen Volkspartei zu tun, nachdem alle ihre bisherigen Versuche, zu diesem Ziel zu gelangen, erfolglos geblieben sind. Bei einer einigermaßen objektiven Ausklärung des Volkes dürfte es nicht schwer sein, auch in Bayern so viele Republikaner an die Urne des Volksentscheides zu bringen, daß auch dieser neue Versuch einer bayerischen Restauration mißlingt. Eine selbstverständliche Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Wahlfreiheit unter keinen Umständen durch den Ausnahmezustand in Gefahr geschlagen und die zu schaffenden Garantien nicht etwa einseitig einer Partei zum Nutzen gestaltet werden.

Ruhegebiete in der französischen Kammer. Aus Paris, den 28. Dezember, meldet Paros: In der heutigen Kammerdebatte über die Außenpolitik betonte Abg. Reynaud die Notwendigkeit eines Einvernehmens zwischen den französischen Eisenwerken und den deutschen Kohlengrubenbesitzern. Poincaré verteidigte den Standpunkt, daß ein solches Abkommen vor der Lösung des Reparationsproblems nicht abgeschlossen werden könne. Als Reynaud den Einwurf machte, daß Poincaré den deutschen Großindustriellen Rechnung Rechberg empfangen habe, betonte Poincaré, daß dies erst nach Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiete geschehen sei. Poincaré fügte hinzu, daß die deutschen Industriellen durch die Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden nicht nur die deutschen Arbeiter, sondern auch die französische Industrie, wo die Arbeiter nicht länger als acht Stunden arbeiten, angreifen. Hierauf forderte Reynaud die radikalen Sozialisten auf, ihren Standpunkt zu klären. Ihr Führer Herriot erklärte, daß er die Ruhrbesetzung zwar nicht als zeitig ansehe, daß es aber dennoch notwendig sei, sie im gegenwärtigen Augenblicke gänzlich durchzuführen. Wenn die radikalen Sozialisten gegen die Besetzung des Ruhrgebietes agitieren würden, so würden sie damit nur Frankreich allein schaden. Die einzige Antwort auf die Frage, ob es notwendig sei, das Ruhrgebiet zu verlassen, ist ein entschiedenes „Nein“.

#### Ein Monstreprojekt gegen Deutschland.

Berlin, 28. Dezember. Die Expresskorrespondenz meldet aus Brüssel: 80.000 belgische Staatsangehörige, die während des Krieges nach Deutschland gebracht oder anderweitig von den deutschen Besatzungstruppen zur Arbeit verwendet wurden, haben gegen die deutsche Reichsregierung einen Prozeß angestrengt. Nach belgischer Entscheidung soll für diesen Prozeß das deutsch-belgische Schiedsgericht in Paris zuständig sein, welches bekanntlich durch den Versailler Vertrag eingesetzt ist. Dieses Gericht wird am 7. Jänner die Klage verhandeln.



# Tages-Neuigkeiten.

## Bolsvernichteter Hunger.

Die Ernährungsstaprophe in Deutschland. — Massenelbstmorde wegen Nahrungsmangel.

Seit den „Heldentagen“ des deutschen Volkes, in denen gewissenlose Kriegsbekehrer und verbrecherische Generale das Durchhalten um jeden Preis bis zum siegreichen Ende predigten, ist der Hunger und das Elend nicht mehr aus Deutschland zu bannen gewesen. Als der Krieg beendet war, begann die Abwürgung des deutschen Volkes durch seine inneren Feinde, das Großkapital verbündet mit den Großagariern. Um die Arbeiterschaft und den sogenannten Mittelstand mürbe zu machen, verweigerten Industrielle und Agrarier der Staatsverwaltung die Mittel, damit die auf die Einfuhr angewiesene Ernährung Deutschlands nicht wirksam durchgeführt werden konnte. Der Mangel an Lebensmitteln hatte — während die Reichen und die Reichgewordenen im Ueberflusse schlammten — eine ungeheure Teuerung zur Folge, so daß die erwerbenden Schichten des Volkes heute fast überhaupt nicht mehr imstande sind, auch nur das zum Leben Allernotwendigste zu erwerben.

Eine loeben vom „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte Statistik der Berliner Polizeiamter über die Selbstmordfälle dieses Jahres bis zum 1. Oktober gibt Zeugnis davon, daß eine erschreckend hohe Anzahl von Personen in Deutschland durch die furchtbare Not zum Selbstmord getrieben wird.

Nach dieser Statistik sind im Bezirke Charlottenburg von 161 Selbstmördern 79, also die Hälfte, aus Nahrungsmangel in den Tod gegangen. Im Bezirke Kreuzberg sind unter 169 Selbstmördern 144, also fast die Gesamtheit, und im Bezirke des Polizeiamtes Wedding, dem charakteristischen Arbeiterviertel im Norden Berlins, die weitaus größte Zahl der gemeldeten Selbstmorde auf das gleiche Motiv zurückzuführen. Die Selbstmörder gehören vor allem dem sogenannten Mittelstande an. Es befinden sich unter ihnen ein Professor, ein Doktor der Philosophie, ein Generalleutnant a. D. und ein Kunstmalers. In mehreren Fällen schieden alte Eheleute gemeinsam aus dem Leben.

Wie aus Augsburg gemeldet wird, nehmen an der Unterbringungsfürsorge des städtischen Wohlfahrtsamtes und der Erwerbslosenfürsorge (einschließlich der Kurzarbeiter) gegenwärtig in der Stadt Augsburg 47.000 Personen, das ist beinahe ein Drittel der Einwohnerzahl, teil. Von den den ungewöhnlichen Summen, die hier aufgewendet werden müssen, muß ein Viertel bis ein Fünftel die Gemeinde aufbringen.

Daß diese Not des arbeitenden deutschen Volkes dem ausländischen Besucher, der in den deutschen Städten nicht nur die Vergnügungsorte, die Treffpunkte der Schieber und Wucherer besucht, zu Herzen geht und ihn erschüttern muß, beweist ein Artikel des englischen Genossen Tom Shaw im Londoner „Star“, in dem er seine Beobachtungen während seiner Reise durch Deutschland wiedergibt. Genosse Tom Shaw schreibt zu den Meldungen gewisser Blätter über die angebliche Wohlfahrt in Deutschland:

Wenn man einfach die Straßen von Berlin und Hannover ansieht, dann scheint alles gut, aber unter der Oberfläche nagten Entbehrungen, Hunger, quälende Armut und Arbeitslosigkeit am Leben der deutschen Nation.

Shaw schließt mit dem Wunsche, daß das neue Jahr eine Politik der Versöhnung bringen möge, die mehr tun würde, um die Wunden Europas zu heilen, als die große Politik der Nationen es tun könne.

Andauern der Schneefälle und Fröste. Der Schweizer Depeschen-Agentur gehen aus allen Gebieten der Nordseite des Alpenraumes Nachrichten über schwere Lawinstürze zu. Seit mehreren Jahrzehnten gab es nicht mehr so viele und so schwere Lawinen. Der Schaden an Wäldern und Gebäuden ist sehr groß. An verschiedenen Orten sind einzelne Personen und auch Familien verunglückt worden, die im Schlaf überrascht wurden. — Der gestrige Prager Wetterbericht meldete: Die Fröste haben in der Republik nachgelassen. Eine Reihe von Stationen haben in der Nacht auf Samstag folgende Temperaturen (Die Ziffern in der Klammer bedeuten die Temperaturen in der Nacht von Donnerstag auf Freitag): Mikowij — 8 (— 19) Grad Celsius, Priesburg, Brünn und Wildenschwert — 9 (— 20) Grad Celsius, Eger — 8 (— 21) Grad Celsius, Prag — 8 (— 19) Grad Celsius. Die Schneefälle des Freitag sind entsprechend einer Regenmenge bis zu 12 Millimetern. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Weiteres Andauern der Fröste. Abnahme der Niederschläge.

Die unbeduldsame und streitbare Kirche. In dem Bezirksverwaltungsamt auf dem Spiegelberg bei Auffig ist in einer Nische ein Altar eingebaut, an dem seitens aller vierzehn Tage eine Messe gelesen wurde. Früher war es in dem Bezirksverwaltungsamt üblich, daß alle Pfinglinge auf den jeweilig stattfindenden Gottesdienst „aufmerksam“ gemacht wurden. Als die Bezirksverwaltungsamtmission einschritt, blieben diese „Aufforderungen“ aus. Sobald aber in die Gemeindefürsorge in Auffig fünf Christlichsoziale einzogen, sollte auch hier Wandel geschaffen werden und der Herr Stadt-

dechant wies bei seinen ersten Besuchen der Anstalt nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Armenrates auf die Notwendigkeit der katholischen Messen hin. Die Besorger der Armenhäuser mehrten sich nun so, daß der Vorsitzendestellvertreter der Bezirksverwaltungsamtmission die Gebetsübungen und Andachten in der Anstaltkapelle überhört einstellten und verordnete, daß die katholischen Pfinglinge in die Gartener Kirche gehen sollen. Diese gerechte Verfügung ging dem Herrn Stadtdechanten und seinem Anhang wider den Strich und er verfaßte eine von den christlichsozialen Stadtvertretern in Auffig, dem Pfarramt Gortitz, den Ausschüß der katholischen Pfinglinge und dem Ortskartell der katholischen Organisationen unterschriebenen Protest an die Bezirksverwaltungsamtmission, in dem es heißt:

Es wird gebeten und gefordert, diesen Beschluß aufzuheben, denn 1. sind gerade die alten Leute dort fast alle religiös, sind (von 85 genau 80) katholisch, und wollen und brauchen den religiösen Trost am nötigsten in ihrem dürftigen Geschick. Der Weg in die Gartener Pfarrkirche führt über Berge, ist Winterzeit vereist und für alte Leute ungangbar. 2. Die Verfügung schlägt der religiösen Toleranz geradezu ins Gesicht, stößt auf den Widerspruch der Pfinglinge, auf den heftigsten Widerspruch der Katholiken in Gortitz und Auffig, auf den Widerspruch der christlichsozialen Partei, die ihre Mitarbeit in Vertretungskörpern nur dann gewährleisten kann, wenn ihre religiösen Gefühle geschont werden.

Die Verfügung stellt eine Rechtsverletzung und eine überaus herausfordernde Verletzung der religiösen Gefühle dar. Die katholische Bevölkerung ist ebenso wie ihre Führer nicht willens, ähnlich wie bei der ungeschicklichen Entfernung der Kreuze aus den Schulen durch die Sozialdemokraten lange zu warten, sondern wird diesmal zu den äußersten Mitteln schreiten.

Um baldige Antwort wird gebeten, da in Kürze die nötigen Schritte unternommen werden müssen.

In der letzten Sitzung der Bezirksverwaltungsamtmission wurde nun über die von christlicher „Duldbarkeit“ und „Toleranz“ strotzende Zirkularschrift verhandelt und beschlossen, daß die religiösen Übungen im Versorgungsamt nur geduldet werden, wenn kein Pfingling in irgendeiner Weise zur Teilnahme verhalten wird. Ob es die Auffig Pfinglinge, denen diese Lösung sicherlich nicht recht sein wird, auf die Anwendung der „äußersten Mittel“ werden ankommen lassen, ist jedenfalls abzuwarten.

Eine Riesewetterfeier in Trautenau. Am letzten Mittwoch fand im Schießhause in Trautenau zu Ehren des Genossen Riesewetter anlässlich seines 70. Geburtstags eine Feier statt, an der zahlreiche Genossen aus der Umgebung und aus Trautenau teilnahmen. Besonders von den alten Kämpfern unserer Partei waren viele gekommen, um mit Riesewetter dessen Ehrentag festlich zu begehen. Die Eröffnung der Feier bildete ein Prolog, an den sich die Ansprachen der Vertreter der verschiedenen Organisationen angeschlossen, in deren Mitte Genosse Riesewetter bisher gewirkt hatte. Der Arbeitergesangverein stimmte hierauf das Lied „Ein Sohn des Volkes“ an. Mit der „Internationale“ wurde der erste Teil der Feier geschlossen. Doch lange noch blieben die Genossen mit dem Jubilar zusammen, der des öfteren seiner Freude über ihm erwiesene Ehrung Ausdruck gab.

Unser Toten. In Fürstenberg an der Ober-Markt-Brandenburg starb dieser Tage im Alter von 47 Jahren Genosse Adolf Schweichart, ein Bruder unseres Abgeordneten Schweichart, der von Beruf Glasmaier war. Er litt seit Jahren an Bleivergiftung, der er auch erlegen ist.

Der Freispruch der Germaine Verton. Die Anarchistin Germaine Verton, die sich wegen Ermordung des Sekretärs der „Action Francaise“, vor den Pariser Geschworenen zu verantworten hatte, wurde, wie wir bereits gemeldet haben, freigesprochen. Der Prozeß gegen die Anarchistin gestaltete sich nun, wie die „Arbeiter-Zeitung“ berichtet, zu einer Abrechnung mit dem französischen Faschismus. Ansonst hatten die Camelots du Roi versucht, die Geschworenen einzuschüchtern. Der Freispruch der Anarchistin ist eine Bestätigung des Urteils, das die als Zeugen vorgeladenen Vertreter der französischen Linken: Anarchisten, Kommunisten, Sozialisten, Radikale und Sozialistenschradikale, aber auch rechtsstehende Politiker über die „Action Francaise“ und ihre Hintermänner gefällt hatten. Politische Leidenschaft erfüllte die Verhandlungen, der Gerichtssaal gleich einem Versammlungstempel und es kam wieder und wieder zu unerhörten Szenen, die der Vorsitzende nur beenden konnte, indem er die Verhandlung unterbrach und den Saal räumen ließ. Unter großer Spannung wurde der General-Sarrazin vernommen. Er sagte: „Es ist sicher, daß während des ganzen Krieges eine intensive royalistische und religiöse Propaganda betrieben wurde. Unter dem Deckmantel des Bürgerkriegs wurden sehr häßliche Handlungen verübt.“ Der Abgeordnete André Berthoin erklärte: Die „Action Francaise“ hat ihre Kreaturen selbst in diesem Gericht. Täglich werden Akten geschleudert und veröffentlicht.“ Urbain Gohier, ein sechzigjähriger Mann, sagte: „Hätte ich nicht die Muskeln eines Greises, so hätte ich längst die Hände gebunden der „Action Francaise“ gereinigt, ganz Paris hätte mir Beifall gesendet und die Geschworenen hätten mich unter dem Jubel Frankreichs freigesprochen.“ Ein Advokat sprang auf und rief: „Platao war mein Freund!“ Ein Journalist antwortete: „Und Jaurès war unser Hero!“ Es wurde geschrien:

„Nieder mit den Juden!“ „Hinans!“ Es bildeten sich feindliche Gruppen, Schimpfworte flogen, die Verwirrung war unbeschreiblich und die Verhandlung mußte unterbrochen werden. Hauptmann Fonteny, ein Kriegsinvalider, der sich während des Krieges ausgezeichnet hat, erzählte, er habe selbst daran gedacht, Leon Daudet zu töten, der im Hinterland einen Verleumdungsseleldzug gegen die Republik führte. „Aber ich habe es mir überlegt. Ich hätte Daudet zu einem Helden gemacht, während er jetzt nur ein Kanakur ist.“ Der Prozeß bedeutet jedenfalls eine schwere moralische Niederlage der königlich gesinnten liberalen Nationalisten.

Parteitag der französischen Sozialdemokratie. Der Parteitag der französischen Genossen findet im Jänner nächsten Jahres in Marseille statt. In Anbetracht der kommenden Wahlen enthält die Tagesordnung des Parteitages auch den Punkt: „Wahlen, Programm und Taktik“. Was das Programm anbetrifft, so wird unter anderem auch ein Reparationsplan dem Kongreß zur Begutachtung vorgelegt werden.

Die Gemeinde Wien nimmt fünfhundert deutsche Kinder auf. Die Sammlung der Gemeinde Wien für Deutschland hat rund 1,8 Millionen Kronen ergeben. Der Gemeinderatsausschuß für das Wohlfahrtswesen nahm nach eingehender Beratung einen Antrag des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Zander an, daß diese Spenden zur Unterbringung deutscher Kinder in inländischen Erholungsheimen zu verwenden sind. Die Kinder werden durch das städtische Jugendamt in Anstalten der Gemeinde Wien und auch in Heime der dem Wiener Jugendhilfswerk angeschlossenen Organisationen gebracht werden. Vorläufig kommen aus Berlin, Leipzig und Umgebung, Dresden und Breslau ungefähr fünfhundert Kinder auf zwei Monate nach Oesterreich. Die Kinder werden durch das städtische Jugendamt ausgewählt.

Das Luftschiff „Dirnuid“ verloren? Bis gestern ist im französischen Marineministerium noch keine weitere Mitteilung über das Schicksal des Luftschiffes „Dirnuid“ und seiner Besatzung eingetroffen. Man hat jede Hoffnung, daß das Schiff noch aufgefunden und gerettet werden könnte, aufgegeben. Man vermutet, daß die „Dirnuid“ in der Nacht zum 21. Dezember im Golf von Gabes in einen starken Sturm geraten ist. In einem Telegramm des „Matin“ aus Algier wird mitgeteilt, daß der meteorologische Dienst von Algier festgestellt hat, daß alle seine Versuche, mit dem Luftschiff in Verbindung zu kommen, seit acht Tagen ergebnislos geblieben sind. Am 20. Dezember hat man das Luftschiff zum letztenmal im Golf von Gabes steuerlos treibend gesichtet. Dadurch wird die Vermutung bestätigt, daß das Luftschiff vielleicht von einem Blitze getroffen, ins Meer gefallen ist.

Das größte halbstarre Luftschiff im Bau. „Nuovo Paese“ Rom teilt mit, daß in der Luftfahrzeugfabrik in Rom die Arbeiten für den Bau eines neuen Luftschiffes von 45.000 Kubikmetern Fassungsvermögen begonnen haben. Es wird dies das größte Luftschiff halbstarres System der Welt sein. Außerdem sollen die Entwürfe für ein Luftschiff von 120.000 Kubikmetern Fassungsvermögen fertiggestellt sein.

Ein italienisches Pulverlager in die Luft geflogen. Freitag um 2 Uhr nachmittags ist bei Palermo das Pulverlager von Montello in die Luft geflogen. Wie verlautet, sind zahlreiche Todesopfer gefunden worden. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Die Elektrifizierung der österreichischen Bahnen. Vor dem Weihnachtsfest wurde auf der Arlbergstrecke auch die Strecke Innsbruck dem elektrischen Betrieb übergeben, so daß jetzt die ganze rund 70 Kilometer lange Strecke von Innsbruck bis Landeck für die Führung elektrischer Züge eingerichtet ist. Am 23. Dezember erfolgte auf der Salzkammergutbahn (Linie Steinach-Brdaung-Attnang-Buchheim) die Unterspannungseiner Teilstrecke und die erste Probefahrt mit einer elektrischen Lokomotive. Die Probefahrt ging ohne Unfall vonstatten.

Eisenbahnunfall in Gänserndorf. Der in Wien (Ostbahnhof) um 6.32 Uhr fällige Schnellzug D 210, der den Verkehr von Wartschau und Prag nach Wien über Lundenburg vermittelt, fuhr gestern um 6.30 Uhr in Gänserndorf (Niederösterreich) infolge falscher Weichenstellung auf ein verstelltes Geleise ein. Durch den Anprall der Lokomotive auf eine auf diesem Geleise stehende Lokalbahnlokomotive mit zwei Waggonen, wurden die beiden Lokomotiven sowie auch die beiden Waggonen der Lokalbahn erheblich beschädigt. Verletzt wurde der Lokomotivführer der Lokalbahnmaschine, welcher Verbrühungen durch den ausströmenden Dampf erlitt und zwei andere Bahnbedienstete in leichtem Grade. Von den Reisenden des Schnellzuges haben nur zwei einen ganz unbedeutenden Verletzungen erlitten. Die Reisenden des Schnellzuges wurden nach Wien gebracht. Durch den Unfall erlitten mehrere Züge erhebliche Verspätungen.

Brand in einer Budapest Bank. Gestern um Mitternacht brach aus bisher unbekanntem Ursachen in den Räumen der Filiale der Ungarisch-italienischen Bank in der Andrássystraße in Budapest ein Brand aus, der das Erdgeschoß und das erste Stockwerk des Gebäudes einäscherte. Sämtliche Einrichtungsgegenstände und Geschäftsbücher fielen dem Brande zum Opfer. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Für die Nachkommen russischer Schriftsteller. Die Zentralkommission für Personen in Moskau gewährte Pensionen an Verwandte von Schriftstellern, und zwar der Witwe des Sofnes Dostojewski,

des Nichte Puschkins, dem Sohne N. N. Michajlowski, der Familie des Schriftstellers Zatorvatski und der Familie des Publizisten Poroschin.

Der bettelnde Bruder des Bankpräsidenten. In der „Stunde“ sind Einzelheiten aus dem Leben des Bruders des verstorbenen Prager Bankpräsidenten Landesberger veröffentlicht, die auf die Prager „erste Gesellschaft“ ein bezeichnendes Licht werfen. Dr. A. Landesberger, der Bruder des Bankpräsidenten, der sein Leben als Bettler fristen muß, ist seit 20 Jahren krank und ohnmächtig, einen Beruf auszuüben. Er ist übrigens ein sehr begabter Musiker und wurde auch in Wien, gelegentlich einer Aufführung seiner Kompositionen, als besonderes Talent gewürdigt. In einem Aktstück des bekannten Nervenarztes Dr. Geyl in Wiesbaden, heißt es, Dr. Landesberger leide „an zwangsnervösen Zuständen und an zirkulären Depressionen“, er sei, heißt es weiter, „vollkommen erwerbsunfähig“; eine Besserung seines Zustandes sei davon abhängig, daß ihm die Existenzfragen abgenommen werden. Die reichen Verwandten kümmerten sich herzlich wenig um den Rat der Ärzte; sie ließen den armen Kranken in einem ungeheizten Zimmer in Prag verkommen, ohne Geld, ohne Wäsche und Nahrung. Man muß wissen, daß die Verwandten Dr. Landesbergers, die Elbogen, zu den reichsten und deutsch-jüdischen Familien Prags gehören; sie waren schon im alten Oesterreich immens reich, haben aber seit dem Ansturz ihr Vermögen noch bedeutend vermehrt. Diese Milliardäre haben nur eine Sorge, die nämlich, daß sie ihr Vermögen nicht „kompromittieren“. Datum haben sie versucht, ihn mit Hilfe der Polizei aus Prag abzuschleppen zu lassen. Die Prager Polizei war schließlich doch menschlicher als die Elbogen; sie ließ Dr. Landesberger in Ruhe. Aber seine Familie überläßt ihn noch wie vor dem Mitleid der Prager Deutschen, die aus einem gewissen Schamgefühl sich des bettelnden Dr. Landesberger annehmen. So hat am Weihnachtstag der Eisgarderobier des Prager Café „Continental“ eine Sammlung für den verarmten Komponisten eingeleitet und ihm so zu einem frohen Abend verholfen.

Den Vater angepöbeln. Der Gutsbesitzer und Handelsgärtner Josef Peter Remeth in Steinaubühl bei Wiener-Neustadt hatte mit seinem Sohne, der arbeitslos war, wiederholt Zwistigkeiten. Er hatte ihn aus seiner Wohnung gewiesen und rief dazu die Hilfe des Gerichtes an. Aus Wut darüber hat der Sohn den Vater angepöbeln und lebensunfähig verletzt.

Eine geheimnisvolle Blausäurevergiftung. Vor einigen Tagen wurde die Frau des Weierhofpächters Dr. Braun, Frau Rosa Braun, am Gute Reichsdorf bei Bilm zu neeben ihrem Vater aufgefunden. Als Todesursache wurde zuerst Verzehmung konstatiert. Verschiedene Umstände bei der Totenbeschau ergaben aber Verdachtsmomente, welche den zuständigen Distriktsarzt veranlaßten, eine Anzeige an die Gerichtsbehörde zu erstatten. Die Obduktion ergab näheren Aufschluß über die Todesursache. Eine nähere Untersuchung des Mageninhaltes an der Prager Universität ergab jedoch, daß Frau Braun zweifellos an den Folgen einer Blausäurevergiftung gestorben ist. Ob Selbstmord, Mord oder Fahrlässigkeit vorliegt, wird erst die bereits eingeleitete gerichtliche Untersuchung ergeben. Jedenfalls sind die Umstände, unter welchen das Weibchen der Frau Braun erlagte, derartige, daß die Untersuchung jede Möglichkeit ins Auge fassen muß. Der Gatte der Verstorbenen ist Doktor der Chemie.

Ein Mord in Haida. Am ersten Weihnachtstfesttag wurde in Haida der 38jährige Sanftener Josef Ragotha auf dem Dachboden seines Hauses tot aufgefunden. Da um den Hals der Leiche ein Drahtband geschlungen war, vermutete man zuerst Selbstmord. Bei einer Hausdurchsuchung wurden jedoch in der Wohnung des Toten Anzeichen gefunden, aus denen zu erkennen war, daß vor dem Tode Ragothas ein schwerer Kampf stattgefunden hatte und daß Ragotha ermordet wurde. Als der Tat dringend verdächtig wurde in Haida bereits ein Mann verhaftet, der im gleichen Hause mit Ragotha wohnt. Im Besitze dieses Mannes sollen sich die dem Ragotha gehörenden Spartaßabächer gefunden haben. Das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung ist jedoch noch nicht abgeschlossen und es wird darüber Stillhaltebefehl bewahrt.

Verbrüht. Am Weihnachtabend warf das in der Badewanne stehende eininhalb Jahre alte Kind der Eheleute Planer in Eger, eine Kanne mit kochendem Kaffee so unglücklich um, daß sich der siedende Inhalt über den Körper des kleinen Wesens ergoß. Die dabei erlittenen schweren Verbrühungen führten am nächsten Tage den Tod des Kindes herbei.

## Prager Chronik.

### Aus dem Polizeibericht.

Freitag abends hat ein Dachbalken der Thomaskirche durch einen erhitzten Schornstein Feuer gefangen. Die rasch am Brandplatz erscheinene Feuerwehr löschte den Brand in kurzer Zeit. Es wurde kein nennenswerter Schaden angerichtet. — Die Tänzerin im Hotel „Zentral“ E. W. sprang von dem Fenster ihrer im zweiten Stockwerke gelegenen Wohnung in Prag-Neustadt in den Pilschacht Wilsch jedoch an einem Drahtgitter hängen. Sie erlitt Verletzungen an den Füßen und wurde ins Allgemeine Krankenhaus überführt. Motiv der Tat: unglückliche Liebe. — Der an einer schweren Augenkrankheit leidende Hausmeister Josef Straka aus der Tschlergasse ging dieser Tage nachmittags über den Petersthal und kam, da er von niemandem begleitet war, unweit der Glasfabrik an den Rand der Mauer, die durch keinerlei Gitter geschützt ist. Straka, in der Meinung, auf dem richtigen Wege zu sein, ging weiter und stürzte in die Wölben, wo er auf dem Eise schwer verlegt liegen blieb. Er wurde ins Allgemeine Krankenhaus gebracht, wo er gegen abends seinen Verletzungen erlag.



Kleine Chronik.

Die Kräfte der Insekten.

Der Dichter G. W. Wells hat in seiner ... Die Zeitmaschine eine Kunst ge ... über unsern Planeten durch die Insekten verdrängt wird. ...

Ein junger Mensch in Toledo (Nordamerika) wurde eines Frühstücks wegen auf zwei Jahre ins Gefängnis geschickt. ...

Wollwirtschaft und Sozialpolitik.

Der auswärtige Handel der Tschechoslowakei im Jahre 1923.

Das Statistische Staatsamt veröffentlicht soeben eine Uebersicht über die Ein- und Ausfuhr nach den einzelnen Zolltarifklassen für den Monat November sowie für die ganze Periode Januar bis November 1923.

Vater Goriot.

Von Honoré de Balzac. „Ich habe Sie erraten, Clara," sagte Frau von Langeais. „Sie gehen, um nicht wiederzukommen. Aber Sie sollen nicht fortgehen, ohne mich gehört zu haben. ..."

Table of imports (Einfuhr) by country for 1923, including Germany, USA, Austria, etc.

Table of exports (Ausfuhr) by country for 1923, including Austria, Great Britain, Germany, etc.

Die dem Werte nach wichtigsten im Monate November 1923 eingefuhrten Waren sind die folgenden (die in den Klammern angefuhrten Zahlen betreffen den Monat Oktober 1923):

Table of goods imported in November 1923, including cotton, wool, silk, etc.

In der Ausfuhr erscheinen dem Werte nach im Monate November 1923 folgende Warenklassen als die wichtigsten (die in den Klammern eingefuugten Zahlen betreffen den Monat Oktober 1923):

Table of goods exported in November 1923, including wool, silk, cotton, etc.

Eine technische Revolution in der Fensterglasindustrie. Ueber den bedeutungsvollen Umwälzungsprozess, der sich gegenwärtig in der Glasindustrie vollzieht, berichtet die Zeitschrift „Wirtschaft".

Das Urteil eines Arztes über die Nacharbeit. Der Gewerbemedizinrat für den Aufschichtsbezirk Rachen, Düsseldorf, Köln und Münster schreibt: „Meine Meinung über die Schädlichkeit der Nacharbeit finden Sie neben der vieler anderer Fachleute in den „Gutachten von ärztlichen Fachmännern über Gesundheitsschutz im Bädereigewerbe", herausgegeben vom Verband der Bädereiarbeiter Österreichs in Wien.

„Und wenn sie dir nichts geben?" fuhr Blanchon fort. „Das im Augenblick wesentlichste ist nicht, man muß den alten Mann in einen Seniumschlag von den Füßen bis zur Hälfte der Schenkel einwickeln. Wenn er schreit, so ist noch Hoffnung vorhanden. Du weißt, wie das gemacht wird. ..."

haus herrschenden günstigen äußeren Bedingungen für diese Nacharbeit fast konstant ein Gemisch beobachtet war. Da, wie selbstverständlich, die Verhältnisse für die Nacharbeit leistenden Bäder — gesonderte ruhige Schlafräume, reichliche und den Nachtstunden angepasste Ernährung — nicht dieselben günstigen sind, wie für die unterjuchten Krankenpflegerinnen, müssen wir für die Bäder einen ungünstigeren Einfluss der Nacharbeit als für die Krankenpflegerinnen annehmen.

Die viele Frauen sind Gewerkschaftsmitglieder? Am Ende des Jahres 1922 war der größte Prozentanteil der Frauen bei den österreichischen und deutschen freien Gewerkschaften zu verzeichnen: 22,2 Prozent beziehungsweise 21,8 Prozent. ...

Gestorben und begraben. Wie amtlich mitgeteilt wird, schied die Liquidierungsstelle der Staatsgetreideanstalt mit 31. Dezember 1923 ihre Werten. ...

Theater und Kunst.

„Fidelio". Diese Reueinstudierung war eigentlich zur Feier von Beethovens Geburtstag (16. Dezember) bestimmt, dessen unser Theater bereits mehrere Jahre hindurch mit einer Aufführung des einzigen Opernwerkes des größten deutschen Musik-Massikers gedenkt. ...

Rastignac ging um fünf Uhr, nachdem er Frau von Beauséant in ihren Reisewagen gesetzt und sie tränenreich Abschied von ihm genommen hatte. Beweis genug, daß auch die im Leben höchstgestellten Menschen nicht außerhalb der Befehle des Herzens stehen und nicht ohne Sorgen leben, wie jene behaupten, die dem Volke schmeicheln. ...

„Und wenn sie dir nichts geben?" fuhr Blanchon fort. „Das im Augenblick wesentlichste ist nicht, man muß den alten Mann in einen Seniumschlag von den Füßen bis zur Hälfte der Schenkel einwickeln. Wenn er schreit, so ist noch Hoffnung vorhanden. ..."

Seib hart und trocken ist, so läßt du dir von Christoph helfen und machst ihm ein ... Du weißt schon. Sollte er sich wieder sehr aufregen, viel sprechen, fast etwas wie einen Tobstuchtauseil bekommen, so laß ihn ruhig gewähren. ...



Rechtlicher des Spielers ungeschickte Wargelie...

Ergebnisse des Wiener Theaters: Heute, Sonntag...

Ergebnisse der Wiener Bühnen: Heute, Sonntag...

Kronia.

„Mit Peter Wilhelm von Schöner und Friedrich...

„Hans im Glück“ - „Die sieben Schwaben“...

„Amerikanische Köcheln“, 2. und 3. Teil...

Samstagabend Maxims Bierstübli in der Urania...

„Dran Urania-Kino.“

„Die Kräfin vom Montmartre“, Heute 3, halb 6...

Zweites Vorstellung, Montag halb 8 bis 10 Uhr...

Drittes Vorführung von 10 Uhr an Ein...

An unsere Bezüher! Wir bitten, uns jede Unregelmäßigkeit...

Literatur.

Liebe auf Hain von Max Glaser. (Ein Wiener Stück in drei Epochen.)

„Willen“ hineingeworfen, ist mehr als möglich...

Turnen und Sport.

Heutige Wettkämpfe in Opern- und Volksgart...

Mitteilungen aus dem Subitum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag...

12 Photographien für Kt 6 nur im Photo-Studio...

Stadtpeize,

lang, Mode- und englische kurze Sportpeize...

Gezeichnet: Dr. Ludwig Egerl und Karl Dorman...

Kochendes Wasser + Kumi = ausgezeichnete Rindsuppe

Piering-Seni u. Essig ist der Beste

! Inferieren Sie im „Sozialdemokrat“ !

Wirtschafts-Pelze, Jagd- und Sport-Pelze, Kutscher- und Wächter-Pelze...

HERRENWASCHE Glockenmarke erstklassige Qualität

Olmützer Käsel u. Stangenkäsel

„Erebnisse im Weltkrieg“

Umsonst erhalten Sie mit jeder Ausgabe...

Alle Bücher liefert reich und billig

Berthelmann'sche Gummi-Sohlen

Warnung! Der Wehr, den sich die schon seit einem Menschenalter...

Marke Teekanne auf Plakaten und Packungen in mehr oder weniger ähnlicher Form...

Smith Bros die beste amerikan. Schreibmaschine mit Kugellager und stillem Gang